

Streiten Sie hier!

In den Evangelischen Akademien darf
man Udenkbares denken –
wie Rudi Dutschke 1968 in Bad Boll

Seite 42 – 49

Beitrag von Tristan Abromeit

als Teilnehmer der Tagung (abromeit@t-online.de / www.tristan-abromeit.de) > Text 57 <

7/08 Nach uns die Kulturwirtschaft?

... und was wird aus der Kulturpolitik?

Evangelische Akademie Loccum / 15. bis 17. Februar 2008,
gefertigt am 14. Februar, dem Geburtstag meiner Tochter Frauke, die 1968 geboren wurde und
mir ein Beweis ist, daß jenes Jahr mehr gebracht hat als ein falsch programmierter, aber
berechtigter Studentenaufstand.

„Bad Boll im Februar 1968: Rudi Dutschke hatte verschlafen. Den Flieger verpasst. In Bad Boll waren die Zuhörer enttäuscht, dass er wohl nicht käme. Aber er kam, und die Diskussion darüber, ob Deutschland eine Revolution braucht, konnte stattfinden.“¹

Loccum im Februar 2008, in der Evangelischen Akademie wird die Kulturwirtschaft verhandelt und sicher die Notwendigkeit der Kulturpolitik verteidigt. Da aber nach Fritz Erich Anhelm laut einem Interview in Chrismon Grundsatzthemen keine Konjunktur mehr haben, ist wohl ein mehr oder weniger netter Gedankenaustausch von sich gegenseitig wohlwollender Teilnehmer zu erwarten.

„Es fehlen die Kontrahenten, die großen Figuren. Die Talk-Runden im Fernsehen haben die Funktion der Akademien übernommen, wenn auch wesentlich schlechter: Themen dienen nur noch zur Unterhaltung. Es geht nicht mehr zur Sache, man entschärft, man spült weich.“ (Ueding)

Die Spannungen in unserer Gesellschaft und in der Welt als Ganzes sind im Jahr 2008 nicht geringer als im Jahr 1968. Bis zur nächsten Revolte – die nicht aus der Studentenschaft kommen muß – haben wir vielleicht noch etwas Zeit, weil das Internet wie ein Weichspüler wirkt und den aktiven Bürgern das Ohnmachtsgefühl nimmt, das 1968 gegenüber den Medien und etablierten Institutionen herrschte. Also setzen wir die Diskussion über Revolution, die in unseren Köpfen und nicht auf der Straße stattfinden muß, fort, damit die blutige Randalie vermieden werden kann.

Was das mit dem Thema Kultur und Kulturpolitik zu tun hat? Alles, denn wenn man Kultur nicht auf ein paar unverständliche Bilder und Theaterstücke reduziert, macht die Summe unserer gesellschaftlichen Beziehungen unsere Kultur aus.

Und hier ist schon eine fundamentale Weichenstellung in unseren Überlegungen notwendig. Wenn wir eine Gesellschaft der Freien für möglich halten und diese wollen, dann müssen wir den Staat in seine Schranken verweisen. Es gibt dann keine Raum mehr für Kulturpolitik. Franz Oppenheimer, der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard, der erste Lehrstuhlinhaber für Soziologie in Deutschland, der Jude und stolzer Deutscher, der zu unserer Schande aus Deutschland vertrieben wurde, ging davon aus, daß der Kapitalismus und seine Stütze der Staat überwunden werden muß, bevor die Gesellschaft der Freien möglich wird. Ich denke, das ist über das Ziel hinausgeschossen, denn eine acratistische Gesellschaft ist (mir) nur in Verbindung mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung denkbar. Und eine marktwirtschaftliche Ordnung braucht einen Rahmen, der weder von Fall zu Fall noch von Person zu Person oder von Gruppe zu Gruppe beschlossen und durchgesetzt werden kann. Als Beispiel nenne ich die Gestaltung des Vertragsrechtes, als Bestandteil einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Wir können uns natürlich auch für eine Zentralverwaltungswirtschaft entscheiden und eine passende Ideologie dafür entwickeln. Aber egal welche Begründung wir uns stricken, nach der Realisation werden wir – wenn es gut geht - Knechte und Mägde, in jedem Fall Untertanen eines bürokratischen Apparates sein oder - wenn es schlecht geht – uns in einem Gulag oder KZ wiederfinden.

Aber die Entscheidung für eine Marktwirtschaft ist nur eine halbe Entscheidung, wenn wir uns nicht gleichzeitig gegen den Kapitalismus stellen, denn dieser ist der große Saboteur einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Am Anfang einer Tagung wie dieser müßten also Referate gehalten werden über die Fragen: Was ist der Staat? Was ist Marktwirtschaft? Was ist Kapitalismus? Dann müßten Referate folgen, die uns verdeutlichen, wo in unserer Gesellschaft jetzt zentralverwal-

¹ Gert Ueding, Rhetorikprosser in Chrismon 11/2007, S. 44

tungswirtschaftliche und wo marktwirtschaftliche Strukturen installiert wurden und noch herrschen. Dann wäre zu klären, welche konjunktur-, verteilungs- und einkommenspolitischen Voraussetzungen für einen funktionierenden, zufriedenstellenden Kulturmarkt erforderlich sind.

Da diese Vorabklärungen nach dem veröffentlichten Tagungsprogramm nicht vorgesehen sind, kann diese „unsere“ Tagung nur als eine Art Vorbereitung für die eigentlich notwendige Tagung zur Ordnungspolitik der Kultur verstanden werden.

Im Oktober 1972 hat diese Akademie eine Tagung mit dem Thema „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ durchgeführt. Als ich dem Altbundeskanzler und Professor Ludwig Erhard sagte, daß ich meine Kritik aus marktwirtschaftlicher Sicht vortragen würde, knurrte er nur und sagte sinngemäß: „Das wird auch Zeit!“ Die meisten hier im Hörsaal werden nicht verstehen, wenn ich eben aus dieser Sicht sage: Solange wir den Kapitalismus haben und die Gefahr besteht, daß Bildung und Kultur Renditeobjekte werden, kann die Kulturwirtschaft nur den Lückenbüßer für leere Staatskassen bleiben und nicht ein Befreiungsinstrument von kulturpolitischer Gängelung und Unterdrückung im Kleide der Humanität werden.

Ich habe nun auf der Internetseite der Evangelischen Akademie geblättert und bin bei der Covinus-Stiftung hängen geblieben. Auch die Frage, warum für Kulturunternehmen, wie diese Akademie überhaupt Stiftungen notwendig sind, gehört in eine Tagung zur Kulturwirtschaft erörtert. Warum kann die Akademie keinen die Kosten deckenden Tagungsbeitrag durchsetzen? Und warum fällt es einem Teil der Teilnehmer noch schwer, den reduzierten Beitrag zu zahlen? Warum muß aus vier Töpfen eine Tagung wie diese finanziert werden, geht es nicht einfacher, mit weniger kostenträchtiger Umverteilung und gängelnder Bürokratie?

Und die Wirkungsweise der Stiftungen kann auch nicht einfach übergangen werden. Es werden ja nicht einfach Spenden eingesetzt, sondern nur die Zinsen des Stiftungskapitals dürfen verwendet werden. Bei der Expansion der Finanzierung über Stiftungen dürfte bald auch von pazifistischen Institutionen die Politik betrieben werden: Hauptsache hohe Zinsen, egal ob durch den Bau von Bomben oder den Anbau von Drogen. Die Kirchen behaupten eine hohe Kompetenz in Ethikfragen zu haben, mit der Handhabung der Stiftungen beweisen sie nicht nur das Gegenteil, sondern die evangelischen Kirchen verraten dabei auch noch ihre Gründer²: Ich zitiere gleich aus einer Schrift des verstorbenen Schweizer Fritz Schwarz und lasse zwei Leserbriefe von mir zu dem Thema folgen.

Die weiteren Blätter berühren das eingangs erwähnte Thema *Talk-Runden - Akademie-Tagungen*. Das *P.T. Magazin* hat das Thema Mindestlöhne der *Anne-Will-Talk-Runde* aufgegriffen und ich nehme dazu Stellung. Gerade in der Kulturwirtschaft dürfte eine Unterbezahlung keine Seltenheit sein.

Auf der ersten Seite habe ich ja das Titelbild von Chrismon mit Rudi Dutschke gebracht. Ich habe einmal mit ihm gesprochen. Es war auf der Gründungsversammlung der Grünen. Könnte er unter uns sein, hätte ich die Hoffnung, daß ich trotz seiner marxistischen Ausgangslage inzwischen gedanklich im Reich der Freiheit angekommen wäre und mich verstehen würde. Ob diese Hoffnung auf Verstehen in Bezug auf die Tagungsteilnehmer auch berechtigt ist, weiß ich erst nach der Tagung.

2 Die Ev. Kirche vermeidet sicher auch das Thema Luther und der Zins, weil er über den Zins zur Judenkritik gekommen ist. Die Zurückhaltung ist unbegründet, weil damals im Geldgeschäft die Juden dominant tätig waren und für Luther der Augenschein galt. Seit hundert Jahren wissen wir oder könnten wir es wissen, daß die Existenz des Zinses nichts mit den Juden und auch nicht mit den heutigen Banken zu tun hat, sondern daß die Ursache für den Zins – soweit er nicht ein Knappheitspreis für Liquidität ist – im fehlerhaften Geldsystem liegt.

Corvinus-Stiftung

Eine Stiftung zur Förderung der Evangelischen Akademie Loccum

Mit einer Gründungstagung am 19. November 2005 wurde die "Corvinus-Stiftung" zur Förderung der Evangelischen Akademie Loccum aus der Taufe gehoben.

Mit der Stiftung soll neben Zuschüssen, Teilnehmerbeiträgen und Drittmitteln ein viertes Standbein zur Finanzierung geschaffen werden, so der Akademie-Direktor Fritz Erich Anhelm.

Zum Zeitpunkt der Gründung betrug das Kapital der Stiftung rund 70.000 Euro, das von 67 Stifterinnen und Stiftern aufgebracht wurde. Zu den Förderern gehört u.a. die Landeszentralbank Hannover ebenso, wie der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz und der niedersächsische Landtagspräsident Jürgen Gansäuer. Eine beachtliche Summe wird der "Braunschweiger Kreis" beisteuern. ...

FRITZ SCHWARZ

Der Christ und das Geld

Eine Übersicht

GELEITWORT von WALTER LÜTHI

Für die selbstlose Unterstützung der Neuauflage dieser Schrift sage ich der Witwe des Verfassers, Frau Elly Schwarz, Zürich, meinen herzlichen Dank.

Freising, im Juni 1974

Peter Weiz

Wucher. Aber wir müssen eben wegen des veränderten Sprachgebrauchs anders übersetzen⁴.

In der Tat sind die Leiter der christlichen Kirche bis zur Reformation und die Reformatoren selbst immer Gegner des Zinsbezuges gewesen. Es ist uns völlig unbewusst geworden, wie fest die Haltung der damals noch ungetrennten Kirche und später auch der beiden grossen Konfessionen in der Zinsfrage gewesen ist. Nur einige Andeutungen⁵: mit einer Schärfe sondergleichen haben alle Kirchenväter den Zins verdammt. Der Vergleich des Zinsnehmers mit einem Kuppler stammt von Augustinus, ein zweiter Vergleich mit dem Wegelegerer von Gregor, Bischof von Nyssa, und Thomas von Aquino bezeichnete ausdrücklich «alles, was zur Leihsumme hinzukommt, als Sünde.»

Unter den berühmten «Laien» seien von den Griechen Aristoteles, der das Geld als Tauschmittel und nicht als Mittel zur Erpressung von Zins betrachtet wissen wollte⁶, erwähnt, und Dante, der in seiner Göttlichen Komödie die Zinsnehmer in die Hölle zu den Leuten aus Sodom und Gomorrha verbannte.

Das Konzil von Nicäa (325) und das zweite Laterankonzil (1139) verboten das Zinsnehmen und bestrafte es mit dem Ausschluss aus der Kirche. Papst Alexander III. (1179) und Papst Clemens V. (1311) erklärten jede Gesetzgebung, die den Zins erlaube, für null und nichtig.

Bedeutungsvoll waren wieder von kirchlicher Seite die *Geldverrufungen*, die der Erzbischof Wichmann von Magdeburg um 1140 einführt⁷. Ganz allein gegen den Zins gerichtet war eine Verordnung des Papstes Bonifatius aus dem Jahre 1301. Er verfügte: «excommunicamus ... omnes illos, qui jacentem seu dormientem pecuniam penes se habent». Deutsch: «wir schliessen

6

Meinung, die ich in dem unsauberen Geschäft des Zinsnehmens lehre.»

Zwinglis Worte decken sich zum Teil fast wörtlich mit denen von Luther, der den Vergleich mit den Leuten von Sodom und Gomorrha ebenfalls brauchte, nachdem er daran erinnert hatte, wie er schon «vor fünfzehn Jahren wider den Wucher geschrieben», der sich seither immer weiter entwickelt habe und «sich lässt rühmen für eitel Tugend und Ehre, als tue er den Leuten grosse Liebe und christlichen Dienst». Aber nun bitte er nochmals «um Gottes Willen alle Prediger und Pfarrherren wollten nicht schweigen noch ablassen, wider den Zins (Wucher) zu predigen, das Volk zu vermahnen und zu warnen. Können wir dem Wucher nicht wehren, dass wir doch etliche möchten durch unser Vermahnen aus solch Sodom und Gomorrha reissen». Das sind starke Worte, die Martin Luther hier gegen die «Stuhlräuber», wie er die Zinsnehmer nennt, brauchte¹⁰. Im Jahre 1524 erschien seine grundlegende Schrift «Von Kaufshandlung und Wucher», die eine der glänzendsten Arbeiten über Christentum und Wirtschaft ist und 1540 durch den Aufruf «An die Pfarrherrn, wider den Wucher zu predigen» ergänzt und erweitert wurde. Aber er unterlag in seinem Kampfe.

aus der Kirche alle jene aus, die das Geld untätig oder schlafend bei sich liegen haben⁸». Hier zeigt sich wieder eine Einsicht, die Moses schon 1250 a. Chr. n. hatte, später auch Mohammed, und die erst heute ausgewertet worden ist.

Wie schon erwähnt, waren auch die Reformatoren ohne Ausnahme scharfe Zinsgegner. Man redet zwar Calvin nach, dass er den Zins nicht verboten habe. Aber er hat zu seiner Beseitigung mehr getan als die beiden anderen Reformatoren, indem er den Weg einschlug, der zu seiner Überwindung führte; jenen Weg, den dann John Wesley⁹, einer der grössten Wirtschafts- und Sozialreformer der Neuzeit weiter verfolgte. Luther nannte — mit Recht — den Zins «das grösste Unglück der deutschen Nation, ein Anzeichen, dass die Welt mit schweren Sünden dem Teufel verkauft ist». Mit zinstragenden Stiftungen versuche «der Teufel, die Kirche und die Geistlichkeit zu gewinnen, und es wäre besser aus zehn Stiftungen eine göttliche gemacht, als viel behalten gegen Gottes Gebot.»

Zwingli erklärte: «Alle Zinsen sind ungöttlich». Und: «wer jetzt gelernt hat, dass Zins beziehen wider Gott ist, und es noch mehr macht, darf sich nicht für einen Christen ausgeben. Denn das göttliche Wort hören und ihm nicht gehorchen ist nichts anderes, als Gott verachten... Was ist für ein Unterschied zwischen einem Türken, der von Gottes Gesetz nichts weiss und tut aber dawider und zwischen einem Christen, der's weiss und tut dawider? Der, dass der Christ des gewiss, des Teufels wird. Sodom und Gomorrha und alle Unwissenden werden milder beurteilt werden am letzten Tage als die, die das Licht so hell vor sich sehen und wie die Kinder versuchen, blind zu wandeln... ihr sollt borgen und nichts dafür hoffen⁹, das ist meine

7

Mit ihm unterlagen auch jene Jesuiten, die sonst Gegner von Martin Luther und Ulrich Zwingli, in dieser Frage mit den Reformatoren einig waren. Sowohl der bekannte Georg Scherrer als auch die theologische Fakultät von Paris lehnten den Zins scharf ab. «Nein, nein, es stehet da weder 6 noch 5%, weder 4 noch 3: nichts, nichts soll man hoffen», hiess es in Georg Scherrers drei Predigten «Vom Geiz, Wucher und Reich Gottes» 1605. Die Theologen von Paris antwor-

8

Der Text von Fritz Schwarz ist im Internet unter http://akroasis.oktave.ch/fschwarz/christ_und_geld.htm

zu finden.

Leserbrief

Zinsen sind das biblische „goldene Kalb“

Zum Artikel: „Wir gehen in eine Zeit der Freiwilligkeit“ aus der Neustädter Zeitung vom 22. Januar.

„Kirchenkreis stellt Weichen: Mit Stiftungen mehr Eigenverantwortung“. Diese Nachricht für Neustadt und die vorhergehende für den Wunstorfer Raum des Kirchenkreises, die „Stiftung setzt sich für Zukunft mit Kirche ein“ lautete, sind gute Signale. In Neustadt wurde der gute Wille mit einem Gruppenbild mit aufsteigender Treppe symbolisiert in Wunstorf mit einem großen Plakat mit der Aufschrift: „Werte erhalten - Zukunft gestalten“.

In einer Zeit in der Kirchen Pfarrhäuser und Gewerkschaften Unternehmensbeteiligungen verkaufen, weil das Finanzaufkommen durch Mitgliedsbeiträge und Kirchensteuern die Kosten nicht mehr deckt, ist es durchaus vernünftig, alternative Finanzierungsinstrumente zu erschließen. Und warum sollen Gläubige nicht neben Spenden den Kirchen Vermögensanteile stiften, wenn sie vom Stiftungszweck überzeugt und dazu in der Lage

sind?

Die Finanzierung über Stiftungen hat nur einen Haken. Und dieser ist im Schluss des Berichtes benannt worden: „Von dem gestifteten Kapital darf nur der Zinsertrag für anstehende Aufgaben verwendet werden.“ In Wunstorf hieß es: „Eine Stiftung muss ihr Vermögen in vollem Umfang erhalten, nur die Erträge des Vermögens stehen zur Verwirklichung des Stiftungszweckes zur Verfügung“.

Erträge aus Vermögen sind nun aber Zinsen (von der NZ auch ohne Umschreibung so benannt). Und Zinsen sind das biblische goldene Kalb (das kalbende Kapital / latein. pecunia= Geld bedeutete ursprünglich Vieh). Einer der vielen Kirchenlehrer, die die Zinsnahme als Sünde erklärte, war Thomas von Aquin, der auf Aristoteles fußte. Auch Luther, der Begründer der Evangelischen Kirche sprach sich eindeutig gegen den Zins aus. Mit Calvin kam dann die eindeutige Wende der Bewertung. Ab da wurde der wirtschaftliche Erfolg - zu dem der Kapitalertrag fortan hinzugezählt wurde - als ein Zeichen von Gottes Gnadentum gedeutet.

Der Zins ist aber nicht nur eine Glaubensfrage, sondern ein Störfaktor ersten Ranges im System der Marktwirtschaft. Er ist ein Systemfehler, der im hohen Maße destruktiv bis tödlich wirkt, der aber geflissentlich von der Wirtschaftswissenschaft übergangen wird. Und die Theologen, die die christliche Zinsgegnerschaft nur als historisches Relikt vermittelt bekommen, können natürlich die Informationslücke nicht auffüllen und fördern ahnungslos das, wofür sie in früheren Jahrhunderten exkommuniziert worden wären.

Realpolitisch gesehen ist es so, dass der Zins (in seinen verschiedenen Erscheinungsformen) die Bürger mit einem Drittel ihres Nettojahreseinkommen belastet, und dass nur ein Zehntel der Haushalte bei der Saldierung von Haben- und Sollzinsen zu den Gewinnern gehört. Der Zins, der unauffällig in allen Preisen steckt, ist also die Pumpe mit der Einkommen von den Armen zu den Reichen befördert wird. Gelänge es also die Zinsen (die neben der Ausbeutung der Arbeit auch ein Preis für die Überlassung von Liquidität sind) auf ein Ni-

veau um +/- Null zu drücken - was möglich ist - dann könnten die Bürger die Kultur und den Kult ohne Subventionen und ohne Tricks aus dem vollen Arbeitsertrag bezahlen. Solche Zeiten haben wir schon über 200 Jahren gehabt. Die gotischen Dome, die wir heute bewundern, sind freiwillig von Bürgern aus Städten finanziert worden, die wir heute Kleinstädte nennen würden. Der Wölper Pfennig, ein Brakteat, ist ein Symbol dieser Zeit.

Auf die Botschaft, die in diesen Zeilen steckt, wird natürlich - wenn sie das Licht der Öffentlichkeit überhaupt erreicht - wahrscheinlich keiner hören. „Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit“. Man wird durch eine „kluge“ Anlage des Stiftungskapitals möglichst hohe Erträge „erwirtschaften“, um dann den Opfern dieser Aktivitäten in den Schuldner-Beratungsstellen die Schuldknechtschaft etwas erleichtern zu können.

Literatur: „Die protestantische Ethik und der ‘Geist’ des Kapitalismus“ von Max Weber und „Das Geld-Syndrom“ von Helmut Creutz.

Mardorf Tristan Abromeit

Der Zins wird nicht vom „Lieben Gott“ bezahlt

Zu „Stillen eröffnet Zukunft-Michaelis Stiftung lädt ein“ in der Neustädter Zeitung vom 20. Mai.

Egal ob es eine Person oder eine Personengruppe ist: Wenn es finanziell eng wird, ist es immer gut, Ausschau zu halten wie man sich selber helfen kann. Die Kirchen haben nicht nur aufgrund der geringeren Kirchensteuereinnahmen Anlass über die Finanzierung ihrer Arbeit nachzudenken, sondern auch darum, weil die Kirchensteuer eines Tages ganz ausfallen könnte. Aber so wie vom Individuum erwartet wird, dass er seine Selbsthilfe innerhalb geltender Gesetze organisiert, so muss von der Kirche, die als Fachorgan in Sachen Ethik auftritt, erwartet werden, daß ihre Selbsthilfe moralisch einwandfrei ist und nicht den Trend zur Verarmung der Masse noch verstärkt. Die Zinslast beträgt für die Haushalte aber bereits ein Drittel des Nettoeinkommens. Diese Last wird nur deshalb nicht wahrgenommen, weil sie als Kostenbestandteil in den Preisen steckt. Der Zins wird nicht vom lieben Gott be-

zahlt, sondern wird dem Arbeitsertrag abgezwickelt. Nur ein Zehntel der Bürger sind beim Saldieren von Soll- und Habenzins Gewinner.

Würden die Gläubigen von der Zinslast befreit, könnten sie spielend aus ihrem Arbeitsertrag den Ritus und tätige Nächstenliebe finanzieren. Aber „wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit!“

Da aber in einem Leserbrief dieser Themenkomplex wirklich nicht untergebracht werden kann, lade ich zu einer Lesereise unter dem Titel „Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt“ ein. Der Text ist unter der Nr. 38 „Aktuell“ der Internetseite www.tristan-abromeit.de zugänglich. Es kommen drei Jesuiten, Professoren der Ökonomie und Philosophie zu Wort: Oswald von Nell-Brenning, lange Nestor der katholischen Soziallehre, Johannes Kleinbappl, der mit Lehrverbot bedacht wurde, weil er an Thomas von Aquin festhielt und es folgt Johannes Heinrichs, der

aufgrund von Unvereinbarkeiten seinen Orden und die Hochschule St. Georgen in Frankfurt verlassen hat.

Mardorf

Tristan Abromeit

NEUSTÄDTER ZEITUNG AM MITTWOCH

Seite 25 Nr. 1698 vom 31. Mai 2006

Beitrag von T.A. zur Tagung 07/08 der Ev. Akademie Luccum / Seite - 7 -



Vertane Chance

Bei Anne Will schilderte die Chefin einer kleinen Leipziger Bäckerei, warum ein gesetzlicher Mindestlohn den Ruin ihres Unternehmens bedeuten würde. Der Moderatorin bot sich die einmalige Chance auf einen Ausflug in die Wirklichkeit. Doch der erschien ihr wohl zu riskant.

Sabine Christiansen kommt das Verdienst zu, neun Jahre lang kontinuierlich am Sonntagabend vier bis fünf Millionen Zuschauer vor eine Politsendung gelockt zu haben. Damit bewies sie das grundsätzliche politische Interesse der Wahlbürger und widerlegte die Hypothese, mangelnde Wahlbeteiligungen könnten mit politischem Desinteresse erklärt werden. Das Interesse an Politik ist wohl da. Doch dem Bürger fehlt offenbar der Glaube, mit Wahlgängen etwas ausrichten zu können.

Nicht denken – nur fragen

Christiansens Nachfolgerin Anne Will gab die „Welt“ im Juli 2007 sieben Ratschläge mit, was sie anders als ihre Vorgängerin machen solle. Unter anderem riet man ihr, bessere Fragen zu stellen, um bessere Antworten zu erhalten, bei unsinnigen Antworten mehr nachzuhaken und interessante Statements und Beiträge besser aufzugreifen.

Alle drei Tipps setzen aktives, engagiertes Zuhören voraus. Doch das gehört weniger zum Credo der Sendung „Anne Will“, die „relevant und lebensnah“ sein will, deren Selbstverständnis sich jedoch auf den Satz reduziert: „Politisch denken, persönlich fragen“. Gegen alle drei Ratschläge verstieß die Moderatorin in ihrer Sendung am 2. Dezember 2007.

Polit-Wrestling

„Zu wenig Geld fürs Volk: die Gerechtigkeitslücke“ titelte die Redaktion der Will Media GmbH. Gerechtigkeitslücke und Mindestlohn als Themen sollten Einschaltquote sichern. Dem diente auch die Gästeschar:

Norbert Röttgen (CDU), Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Nahles, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke, Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands und der ehemalige Grüne Oswald Metzger, Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg.

Alle fünf Gäste werden für ihr rhetorisches Talent geschätzt. Bei allen fünf weiß der Fernsehzuschauer, für welche politischen Meinungen sie stehen. Und alle fünf versprechen eine unterhaltsame Polit-Wrestling-Show, in der mit abgestimmter Choreographie verbal brutal aufeinander eingeschlagen werden kann. Wie beim amerikanischen Showringen ist der Ausgang der Sendung offen und zugleich vorherbestimmt. Bundestagsdebatte light, fernsehtauglich – Inhalt Null.

„Wer muss für Gerechtigkeit sorgen? Die Politik kann es nicht. Bleibt nur die Wirtschaft. Doch die kommt bei ‚Anne Will‘ nicht zu Wort“, fasste Melanie Ahlmeier in der „Süddeutschen Zeitung“ die Sendung zusammen.

Die Bäckerinnen

Doch dabei irrte sich Ahlmeier gewaltig, denn „die Wirtschaft“ kam sehr wohl vor. Zwar nicht direkt in der Runde, aber auf einem extra Sofa. Dort saßen die Bäckerin Antje Perduß und ihre Verkäuferin Ramona Jänke. Sie waren aus Leipzig angereist, um die Sicht „der Wirtschaft“ in die Sendung zu bringen. Das hätten sie lieber bleiben lassen sollen, denn die Will'sche Choreographie hatte ihnen nur die Rolle einer Pausennummer zugegedacht. Die Kameareulinge waren dem Briefing der

hochqualifizierten und gut bezahlten Redaktion, die jährlich mehrere Millionen Euro aus GEZ-Einnahmen der ARD erhält, nicht gewachsen. Wie zuvor abgesprochen, beantworteten sie Wills Fragen so, dass das Konzept der Sendung nicht gefährdet wurde.

Die Verkäuferin, die mit einem Stundenlohn von fünf Euro auskommen muss, verkörperte die ausgebeutete Minderheit in Deutschland, zu deren Wohl der Staat nach Meinung vieler Linker einen gesetzlichen Mindestlohn festlegen sollte. Antje Perduß übernahm die Rolle des Arbeitgebers.

Beide durften durchaus glaubwürdig erklären, dass in einer Wohngegend von Hartz-IV-Empfängern und im Wettbewerb mit zahlreichen Lebensmittel-Discountern einfach zu wenig Brötchen verkauft werden, als dass der Laden höhere Löhne abwerfen würde. Perduß konnte auch vom Besuch der Betriebsberater der Handwerkskammer erzählen, die bestätigt hätten, dass nicht etwa Missmanagement, sondern mangelnde Umsatzchancen für die Einnahmемisere verantwortlich sind.

KONTRA

Was gegen Mindestlohn spricht:

- Viele der ca. 3,5 Mio. mittelständischen Unternehmen wären in ihrer Existenz bedroht
- Als Folge müssten Arbeitsplätze abgebaut oder ins Ausland verlagert werden
- Kleine und Kleinstbetriebe, bei denen das nicht möglich ist, müssten schließen
- Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten würden sich verschlechtern
- Sogwirkung nach unten für höhere Lohngruppen
- kein Mittel zur Armutsbekämpfung

Unternehmer als Schuldknecht

Dann entschuldigte sich die Bäcker-Chefin regelrecht dafür, dass die betriebswirtschaftliche Auswertung ihrem Mann, dem Unternehmer, auf dem Papier ein monatliches Einkommen von 3.000 Euro bescheinigte. Er hat die Ärmel hochgekrempt und den Familienbetrieb nach dem Tode des Vaters fortgeführt.

In mehreren schlechtlaufenden Filialen beschäftigt er 14 Arbeitskräfte. Für alle muss er Sozialabgaben und Steuern erwirtschaften, sonst drohen Pfändung und Staatsanwalt. Nach Renten- und Krankenversicherung, Kredittilgung und -zinsen bleibt ihm von den 3.000 Euro nicht viel mehr übrig, als er seiner Verkäuferin zahlen kann.

Perduß ist derjenige, der auf eigenes Risiko Werte schafft. Er hat sich dafür in Schuldknechtschaft der kreditgebenden Bank begeben. Deshalb kann er umsatzschwache Filialen nicht einfach schließen und woanders eröffnen. Die Bank würde ihm sofort alle Kredite fällig stellen. Er wäre innerhalb von Stunden ruiniert.

Sozialismus light

Diese Situation ist allen anderen Mitgliedern der Talkrunde mit monatlichen Einkommen jenseits



Ein symbolträchtiges Bild, „denn man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht“. Hell erstrahlt Polittalk-Queen Anne Will im Scheinwerferlicht, flankiert von namhaften Politikern und Funktionären. Die Leipziger Bäckerinnen Antje Perduß und Ramona Jänke fristen ein Schattendasein – „standes“gemäß eine Etage tiefer, mit Abstand zur Prominenz. Schließlich kam ihnen nur die Statistenrolle zu.

von 10.000 Euro und Einkommenssicherung durch gesetzliche Diäten-, Steuer- und GEZ-Erhöhungen fremd. Keiner von ihnen hat jemals wie die Bäckerfamilie Perduß Arbeitsplätze geschaffen, bei deren Verlust der familiäre Ruin droht.

Hätte Anne Will die Ratschläge der „Welt“ beherzigt, wäre die Sendung zu ihrem Vorteil anders verlaufen. Sie hätte nur zuhören brauchen und fernsehjournalistisches Neuland betreten können. Schließlich gehört zum Selbstverständnis des Journalisten-Berufs die Suche nach der Wahrheit, das Aufdecken des Unbequemen und Unerwarteten.

Die Sendung hätte die lebensfern geführte Mindestlohn- und Gerechtigkeitsdebatte bereichern können. Denn entweder versteht sich unsere Gesellschaft mehrheitlich als eine Art Sozialismus light und schafft mehrheitlich staatlich finanzierte Existenzen, was aber selbst die DDR nur knapp 40 Jahre lang aushielt – oder sie steht zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Arbeitsplatzmacher bleiben unsichtbar

Dann muss Hilfe für Arbeitsplätze dort ansetzen, wo Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden: Bei den kleinen und mittleren Unternehmen und Unternehmern, die mit Engagement, Risiko und Ideen immer wieder neue Chancen suchen und entdecken.

Im konkreten Fall bedeutet das, Wege zu suchen, um der Unternehmerfamilie Perduß zu helfen, ihr Unternehmen umstricken zu können, ohne

den persönlichen Ruin zu riskieren. Wer sie zwingt, mehr zu zahlen, als das Unternehmen in seiner jetzigen Struktur hergibt, beschwört die Firmenpleite und den völligen Verlust der bisher gesicherten Arbeitsplätze herauf. Man muss deshalb die Kleinen fördern. Die Großen können sich ganz gut allein helfen.

Das setzt allerdings voraus, dass man zwischen Unternehmern wie Familie Perduß und Managern wie Wendelin Wiedeking, Klaus Kleinfeld, Josef Ackermann oder René Obermann wieder zu unterscheiden lernt und nie vergisst, dass praktisch alle Großunternehmen ihre Wurzeln in einem Kleinbetrieb haben.

Zur Gewinnung dieser längst überfälligen Einsichten hatte Anne Will eine große Chance. Sie hat sie nicht erkannt und vertan. Das ist nicht nur schade für die Sendung. Es ist vor allem schade für die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen am Standort Deutschland. Es ist schade für die dreieinhalb Millionen Selbstständigen, die kleinen und mittleren Unternehmen – die Arbeitsplatzmacher, die in den Massenmedien nach wie vor nicht ausreichend gesehen und gehört werden. ■

WETTBEWERBSVERZERRUNG

„Der Tarifvertrag der Post ist kein Mindestlohn-Tarifvertrag, sondern ein Wettbewerbsverhinderungsvertrag zu Lasten Dritter. Wenn per Gesetz einer Branche Löhne aufgezwungen werden, die 30 Prozent über den Durchschnittslöhnen der Wettbewerber liegen, kann von einem Mindestlohn keine Rede sein.“
Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident

P.T. MAGAZIN 1/2008

Allgemeinverbindliche Tarife stark rückläufig



Ausgabe 1/2008 / Titel: „Will es nicht begreifen?“ / „Vertane Chance“

Wenn ein Magazin - wie das vorliegende - sich auf dem stark besetzten Zeitschriftenmarkt behaupten will und zu dem sich noch als Sprachrohr für den Mittelstand versteht, muß es schon gegen den Strich bürsten. Dieser Sachverhalt, für die Redaktion eine dauernde Anstrengung, ist für die (sachliche) Wahrheit eine Chance. Hier kann der Segen des Wettbewerbs direkt beobachtet werden. Die Gefahr besteht allerdings darin, daß sich eine Redaktion in Ungenauigkeiten, in Übertreibungen oder in inhaltlichen Unterschlagungen verliert. Ich will hier nicht von der Schwierigkeit sprechen, die es macht, den Mittelstand zu definieren und auch nicht der Frage nachgehen, ob es berechtigt ist, ausschließlich seine Opferrolle und Leistungsfähigkeit hervorzuheben. Was mich bewegt, ist die Frage, warum die Redaktion des P.T. Magazins nicht ihre Chance nutzt, Beiträge für die Einführung der Marktwirtschaft zu liefern und statt dessen auf die Anne Will wie auf einen Popanz eindrischt. Anne Will kann doch nur das aus ihren „Mitspielern“ herauslocken, was in deren Köpfen und in den Köpfen der Mitglieder ihrer Redaktion drin steckt. Unsere Gesellschaft lebt aber doch in einem Zustand der ordnungspolitischen Verwirrung. Die Polit-, Verbands- und Medienfunktionäre haben zwar verwundert begriffen, daß der „realexistierende“ Sozialismus marxistischer Prägung weitgehend untergegangen ist, sie haben aber keine Ahnung davon, daß auch der Kapitalismus untergehen muß, damit Raum gewonnen wird für die Verkehrswirtschaft (Eucken). Was mit der Sozialen Marktwirtschaft gemeint war, ist von der SPD nie verstanden und von der CDU, der FDP und von den Wirtschaftsverbänden von Anfang an sabotiert worden. Heute meint unsere politische Kaste, daß die Soziale Marktwirtschaft (SM) mit dem Kapitalismus - der durch ein staatliches, soziales Zwangskollektiv abgedeckt ist - gleichgesetzt werden kann. Hier liegt der große Irrtum. Seit Anfang der 50er Jahre ist unsere Ordnungspolitik auf Abwegen. Wenn man bedenkt, daß das verstümmelte Modell von SM ein „Wirtschaftswunder“ hervorrufen konnte, dann kann man auch ahnen, daß eine vollendete Marktwirtschaft allen Schaffenden einen Arbeitsertrag ermöglicht, der mehr als die Familie ernährt und auch jene, die nicht leisten können.

In einer Situation der Vollbeschäftigung – die möglich ist, man muß nur die Voraussetzungen dafür schaffen – ist ein Gesetz über Mindestlöhne überflüssig und es gibt dann nicht mal eine Diskussion zu diesem Thema. Aber in der heutigen Situation – die von der Wirtschaftswissenschaft, der Wirtschaftspolitik, von den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften zu verantworten ist - gilt, was Alfred Müller-Armack – einer der geistigen Väter der SM - dazu 1946 veröffentlichte:

„Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.“ ...
(Hier zitiert aus „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, Sonderdruck 1990, S. 119.)

Das Bäckerinnen-Beispiel in der Sendung und im P.T.Magazin-Bertrag zeigt doch, daß die Verkäuferin von ihrem Minimallohn nicht leben kann und sich ein Ergänzungseinkommen nach Hartz-IV holen muß. Dieses Ergänzungseinkommen wird aber nicht vom lieben Gott zugeschossen, sondern muß mit viel kostenträchtiger Bürokratie von anderen Arbeitnehmern und Unternehmern eingetrieben werden, darunter auch die Konkurrenz der betroffenen Bäckerei. Ein Lohn für eine volle Leistung, der einen nicht ernährt, ist eine permanente Kränkung des Arbeitnehmers und läßt auch das Unrechtsbewußtsein jenes Menschen verkümmern, der für die Unterbezahlung zuständig ist. Wenn das aus einer betriebswirtschaftlichen Zwangslage heraus geschieht, ist es immer noch so, als wenn sich eine Hungeriger ohne Geld auf dem Wochenmarkt frei an den Ständen bedient. Was auch übersehen wird, ist, daß unter den gegebenen Umständen nicht einmal das Kapitaleinkommen allgemein angezapft werden kann, weil das Geld(-Kapital) sich ohne eine als ausreichend betrachtete Rendite nicht zur Verfügung stellt. Versuche – es doch zu wagen - lassen den Kredit und die Zirkulation zusammenbrechen und schnell muß das Subventionskarussell wieder in Gang gesetzt werden, um die Anleger bei Laune zu halten. Die Rendite auf der Anlegerseite sind aber die Kosten auf der Unternehmer- und Konsumentenseite. Das Wort *Kredit* in dem Bäckerinnen-Beispiel ist das Stichwort für den Auftrag nach besseren Analysen zu suchen. In der ganzen Diskussion um die Senkung Lohnnebenkosten der Unternehmen wird a) ausgeblendet, daß Lohnnebenkosten auch Löhne sind und die Senkung der Lohnnebenkosten somit Lohnsenkungen der Arbeitnehmer bedeuten und b) werden jegliche Vergleiche zwischen der Entwicklung der Lohnkosten und der Kapitalkosten der Unternehmen vermieden. Es ist so, als hätten sich alle darauf verständigt zu vertuschen, daß nicht die Löhne, sondern die Kapitalkosten die Mehrzahl der Unternehmen, das Leben schwer machen oder sogar in den Konkurs treiben.

In den beiden Büchern „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ von Helmut Creutz – der selbst Unternehmer war – ist darüber viel zu lesen. Hier nur eine kurze Passage:

„In welchem Maße dabei die Zinslasten eskalieren, zeigen einige Zahlen: In der Hochzinsphase 1978 – 1982 stiegen sie von 72 auf 138 Mrd. DM an, in der Phase 1988 – 1992 von 147 auf 272 Mrd. DM, also jeweils fast auf das Doppelte. Umgerechnet pro Kopf der Beschäftigten von 6.400 auf 11.800 DM. Dabei geben solche Durchschnittszahlen, die auch die unverschuldeten Betriebe mit erfassen, die Realitäten in den verschuldeten kaum wieder. So musste z. B. Die Deutsche Telecom Ende der letzten Hochzinsphase je Arbeitsplatz 36.000 Zinsen aufbringen, was etwa zwei Drittel der Lohnkosten entsprach.“

(S- 327, Das Geldsyndrom, 5. Auflage 2001)

Am 12. Februar 2008 meldete die Hannoversche Allgemeine Zeitung unter der Schlagzeile:

„Vor allem Frauen brauchen Hilfe“, daß bei 120.000 Menschen in Niedersachsen die Arbeit (das Arbeitseinkommen) nicht zum Leben reicht. „Im Bundesvergleich schneidet Niedersachsen mit einem Anteil von 2,6 Prozent der Aufstocker an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten relativ gut ab. Der Bundesdurchschnitt liegt 0,1 Prozentpunkt höher. Den höchsten Aufstocker-Anteil hat mit 6,4 Prozent Mecklenburg-Vorpommern, ...“

Auch dies ist ein Beweis, daß unsere gelebte Wirtschaftsordnung – die mehr mit dem SED-Modell oder der Nazi-Wirtschaft zu tun hat als mit dem Modell Marktwirtschaft – bankrott ist. 50% des Normal-Einkommens wird vom Staat verwaltet und verausgabt. Wenn die Bürger mit dem verbliebenen Nettoeinkommen Nachfrage halten, zahlen sie ein Drittel dieses Betrages als Zins, der in allen Waren und Dienstleistungen einkalkuliert werden muß. Das heutige Geldsystem erhebt sozusagen einen Zoll. Wenn dieser nicht gezahlt wird, wirkt das Geld wie ein Riegel für den Zugang zum Markt. Seit über 100 Jahren sind diese Zusammenhänge bekannt. Die Ignoranz dieses Sachverhaltes durch die Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler und die Wirtschaftspolitik hat erst Hitler und in Folge den SED-Staat möglich gemacht. Und welche Rolle spielt dabei der Mittelstand? Pauschal nach meinem Eindruck gesprochen – eine betrübliche. Wenn die Differenz zwischen Kosten und Erträgen groß genug ist, glaubt der Mittelständler – egal wie die Differenz zustande gekommen ist -, daß er in einer marktwirtschaftlichen Ordnung lebt. Zugegeben, die meisten MittelständlerInnen sind auch überfordert. Es schlaucht schon genug, den Betrieb in Bewegung und über Wasser zu halten. Da reicht die Kraft meistens nur noch für den Stammtisch und nicht mehr für die Arbeit an den Rahmenbedingungen des eigenen Standes. Daß sie als Mitglieder dieses Standes Verbandsvertreter und Abgeordnete wählen, die (meist blind oder gutgläubig) gegen die Freiheit und Gerechtigkeit im Mittelstand wirken, merken sie gar nicht. Und eine Zeitschrift, die dem Mittelstand nach dem Mund redet, ist ihm auch keine Hilfe.

„Schließlich gehört zum Selbstverständnis des Journalisten-Berufs die Suche nach der Wahrheit, das Aufdecken des Unbequemen und Unerwarteten.“
(P.T. Magazin 1-2008 / Vertane Chance / S. 7 mittlere Spalte)

Dann man los, um dem eigenen Anspruch genüge zu tun!

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

Abromeit@t-online.de / www.tristan-abromeit.de

Nach der Tagung in Loccum

Nach uns die Kulturwirtschaft?

...und was wird aus der Kulturpolitik?

Mit rund 140 TeilnehmerInnen war das 53. Loccumer Kulturpolitische Kolloquium gut besucht. Die ReferentInnen und TeilnehmerInnen waren gut motiviert. Auch im inoffiziellen Teil der Veranstaltung fand ein lebhafter Gedankenaustausch statt. Küche und Atmosphäre = gut.

Wer aber bestimmte Erwartungen an eine Tagung hat, sollte die Programme genau lesen und vielleicht sollten die Veranstalter sich auch damit Mühe geben, auszudrücken, was Tagungsteilnehmer nicht erwarten können. Ich hatte für mich die Fragestellungen im Programm wie folgt interpretiert: *Wie müssen wir die Kulturwirtschaft entwickeln, damit wir auf eine Kulturpolitik verzichten können?* Hier war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Ich lag völlig daneben. Der Inhalt war zusammengefaßt etwas krass formuliert: „Wie müssen wir Kulturpolitiker und -funktionäre auf die Kulturwirtschaft eingehen damit die Kulturpolitik überlebt, wir unsere Posten behalten und welche Strategien müssen wir entwickeln, um uns gegenüber der Wirtschaftspolitik zu behaupten. Es kamen auch Probleme und Entwicklungen der betreffenden Hochschulen und Akademien und die Probleme der Kleinstunternehmen im Kulturmarkt vor und ebenfalls Fragen nach deren Absicherung zur Sprache. Aber keine Frage nach den ökonomischen Ursachen der Misere wurde gestellt. Das Copyright (das Urheber- / Patentrecht) wurde nicht problematisiert. An einer Stelle nur die Klage der internationalen Unübersichtlichkeit und an anderer Stelle, die leise Klage, daß ja weniger die Urheber als vielmehr die Verwerter geschützt würden. Und als bei dem Stichwort von Großsponsoren die Frage von einem „Ossi“ gestellt wurde, ob sich hier nicht eine Re-Feudalisierung eingestellt hätte, zeigte die Versammlung keine Bereitschaft auf die Frage einzugehen. Dabei ist die Frage aber voll berechtigt, weil unser heutiges Geldsystem den kleineren Marktteilnehmern gegenüber den größeren tributpflichtig macht. Der Fron wird in Form von Zins geleistet. Aber nur 1/10 der Bürger gehört beim Zinszahlen und Zinsnehmen zu den Gewinnern. Und innerhalb der 10% der Gewinner findet dann nochmals eine Konzentration auf wenige der Zinsnehmer statt. Diese Minderheit kann dann auch Millionen für gute Zwecke zahlen, ohne daß die Spender dadurch ärmer werden. Da aber das Demokratiemodell bei der Einflußnahme durch die Bürger von einer Streuung ihrer Fähigkeiten ausgeht, ist die Kapitalansammlung - die eben nicht aufgrund von Fähigkeiten, sondern

aufgrund von Fehlern im System basiert – mit ihrer daraus folgenden Möglichkeit der Einflußnahme demokratiefeindlich.

Mir machte auch der verengte Begriff von Kultur und Kulturmarkt zu schaffen, wo im Wesentlichen nur darstellende und bildende Künste verhandelt werden. Für mich ist „Kulturmarkt“ ein offener Begriff, der je nach Verwendungsart ergänzt werden kann. Auf jeden Fall gehören die Leistungen der Heilkünste, Bildungskünste und Handwerkskünste ebenfalls auf den Kulturmarkt und vor allem müssen diese Sondermärkte ohne Privilegien und ohne Benachteiligungen Teile des Gesamtmarktes werden. Gegen so eine Äußerung wird gleich wie ein Geschütz das Wort Ökonomisierung aufgefahren. Das ist insofern blödsinnig, weil alles was wir tun und gestalten eine ökonomische, eine rechtliche und eine kulturelle Dimension hat. Wir können immer nur darüber streiten, ob wir ein Gut oder eine Dienstleistung zentralverwaltungswirtschaftlich oder marktwirtschaftlich herstellen oder erbringen und verteilen wollen.

Für meinen Ansatz der Analyse oder Kritik, wie ich ihn in diesen Zeilen Info entwickelt habe, befand sich an keiner Stelle der Tagung (außer in den Pausen) eine Brücke, um sie dem Publikum am anderen Ufer näher zu bringen. Ich habe in Tischgesprächen gesagt, ich fühle mich wie auf der Tagung eines Bauernverbandes oder der Heilpraktiker. Die Gedankenstränge wären ähnlich, nur das Vokabular wäre anders. Die Heilpraktiker würden sicher auch über die prekäre Lage mancher ihrer KollegInnen sprechen, die Möglichkeiten - über das Recht zur Abrechnung ihrer Kosten über die Krankenkassen - ausloten und sich sorgen machen, daß ihre Anliegen und Bedürfnisse im Getöse der Verbände der Hochschulmediziner untergehen könnte.

Mich betrübt immer wieder, daß bei uns zwar mit viel wörtlichen Aufwand SED- und (vor allem) NPD-Tendenzen (ohne Risiko) verurteilt werden, aber kein Wille vorhanden ist, sich mit der Ähnlichkeit unserer staatlich-gesellschaftlichen Strukturen mit denen von den untergegangenen SED- und Nazi-Staaten auseinanderzusetzen. Wir können nicht Untertanen und freie Bürger, Kapitalismus und Marktwirtschaft gleichzeitig haben.

Wenn ich irgend jemand mit meinen Aussagen gekränkt habe, so war das nicht meine Absicht. Ich wünsche mir, daß unsere Akademien zur Gesellschaftsorientierung wieder den Mut entwickeln Tagungen über Grundsatzthemen durchzuführen und gebe nachfolgend das in der Tagung als aktuell benannte Tagungsprogramm wieder.

18. Februar 2008

Tristan Abromeit



LOCCUM

Nach uns die Kulturwirtschaft?

... und was wird aus der Kulturpolitik?

53. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium

In Zusammenarbeit mit der



Kulturpolitischen Gesellschaft
e.V., Bonn

15. bis 17. Februar 2008

Das kulturpolitische Feld wird in letzter Zeit durch die Kulturwirtschaft erweitert und verändert. Welche Konsequenzen diese Entwicklung für die Kulturpolitik hat, ist indes noch nicht immer deutlich zu erkennen. Wenn es sich um mehr als einen Hype handelt, was ist dann die Substanz der Debatte um die Kulturwirtschaft? Wie wird sich das Verhältnis zwischen dem klassischen Gebiet kulturpolitischer Anstrengungen im öffentlichen Sektor und dem begrifflich neu abgesteckten Terrain der Kulturwirtschaft entwickeln? Für diese grundsätzlichen Fragen werden aus der Perspektive der Kulturpolitik in naher Zukunft Antworten gefunden werden müssen.

Derweil ist klar zu erkennen, dass sich die Rahmenbedingungen und die Berufsbilder zwischen Kreativindustrie und öffentlichem Sektor weiter ausdifferenzieren. Einen zentralen Teil der Tagung bilden daher vier Foren, die danach fragen, wie sich die Situation der jungen Kreativen in diesen komplexer werdenden Verhältnissen gegenwärtig darstellt. Wie bereiten die einschlägigen kulturwissenschaftlichen Studiengänge auf die gemischten Strukturen im kulturellen Feld vor?

Darüber hinaus gilt es, kulturpolitische Konzepte und Perspektiven zum Zusammenwirken von Kulturpolitik und Kulturwirtschaft zu diskutieren und die Chancen und Gefahren einer Verzahnung von Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik politisch zu bewerten.

Sie sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Dr. Albert Drews, Ev. Akademie Loccum,
Bernd Wagner, Kulturpolitische Gesellschaft e.V.,
Linn Quante, Studiengang Kulturarbeit FH Potsdam,
Dr. Fritz Erich Anhelm, Akademiedirektor

■ Freitag, den 15. Februar 2008

15:30 Anreise, Nachmittagskaffee

16:00 **Begrüßung und Eröffnung**
Dr. Albert **Drews**, Ev. Akademie Loccum
Bernd **Wagner**, Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

I. Kulturwirtschaft und Kulturpolitik: Entwicklungen, Begründungen und Analysen

16:10 **Kreativ-Kulturwirtschaft –
Hype oder Hoffnung?**
Prof. Dr. Dieter **Haselbach**, ICG culturplan, Berlin

16:40 **Gefragt und Begehrt. Über das neue Interesse
der Kulturpolitik an der Kulturwirtschaft**
Prof. Dr. Oliver **Scheytt**, Präsident der Kulturpoli-
tischen Gesellschaft e.V., Bonn/Essen

17:10 **Wem nützt die Kulturwirtschaft? Was sind
die Aufgaben der Kulturpolitik?**
Volker **Heller**, Abteilungsleiter Kultur, Senats-
kanzlei, Berlin

anschl. Diskussion mit den drei Referenten des
Nachmittags

Moderation: Bernd **Wagner**, Kulturpolitische Ge-
sellschaft e.V.

18:30 Abendessen

II. Studium, Qualifikation, Berufswirklichkeit – Auf welche Rahmenbedingungen treffen junge Kulturunternehmer heute?

19:30 **Entrepreneurship in der Kulturwirtschaft.
Rahmenbedingungen und Qualifikationen**
Dr. Tobias **Wollermann**, Popakademie Baden-
Württemberg, Mannheim
Prof. Dr. Helene **Kleine**, FH Potsdam

■ Samstag, den 16. Februar 2008

08:30 Morgenandacht, anschließend Frühstück

09:30 **Kulturwirtschaft als Herausforderung für
Kulturpolitik**
Hajo **Cornel**, Abteilungsleiter Kultur, Ministerium
für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Land Bran-
denburg, Potsdam

10:15 **Zwischen Markt, Staat und (Zivil-)Gesell-
schaft. Komplexe Arenen und gemischte
Strukturen im kulturellen Sektor**
Prof. Dr. Armin **Klein**, PH Ludwigsburg

11:30 **„Kreative Klasse“ und „neue Kulturunter-
nehmer“ – Wie und wofür bilden die kultur-
vermittelnden Studiengänge aus?**
Prof. Dr. Susanne **Binas-Prelsendorfer**, Universi-
tät Oldenburg
Dr. Birgit **Mandel**, Universität Hildesheim
Prof. Dr. Helene **Kleine**, FH Potsdam
Moderation: Prof. Dr. Armin **Klein**, PH Ludwigs-
burg

12:30 Mittagessen

13:15 Gelegenheit zur Besichtigung des Zisterzienser-
Klosters (gestiftet 1163)

15:30 Nachmittagskaffee

16:00 **Foren: Neue Kulturmanager zwischen
Kreativindustrie und öffentlichem Sektor**

Forum 1: Unternehmerisches Denken und Handeln im Kulturbetrieb

Tiemo **Ehmke**, Inhaber ping pong – between art
& knowlege, Berlin

Friedrich **Meyer**, Verwaltungsleiter Neue Bühne,
Senftenberg

Dr. Gesa **Birnkrant**, Geschäftsführerin Birn-
kraut|Partner, Hamburg

Moderation: Dirk **Helnze**, Chefredakteur Kultur-
management Network, Weimar

Forum 2: Neue Kulturmanager zwischen Kunst und Ökonomie

Frauke **Luther**, selbständige Kulturarbeiterin, Berlin

Toni **Berndt**, Büroleitung und Finanzen Festspiele
Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Klaus **Gasteiger**, Referent für Kulturmanage-
ment, BASF AG, Ludwigshafen

Moderation: Patrick S. **Föhl**, FH Potsdam/Freier
Kulturberater, Berlin

Forum 3: Unternehmerisch Denken, politisch handeln

Dr. Ralph Philipp **Ziegler**, Stadt Offenbach am
Main/Strategiekonzept Kultur; Hochschule für
Musik „Franz Liszt“, Weimar

Tim **Freudenberg**, Kulturmanager der Stadt
Brandenburg/Havel

Dr. Christine Fuchs, Geschäftsführerin Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V., Ingolstadt
Moderation: Tobias J. Knoblich, Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Dresden

18:30 Abendessen

19:30 **Neue Kulturmanager zwischen Kreativ-Industrie und öffentlichem Sektor**

Berichte aus den Foren und Diskussion der Ergebnisse

Moderation: Prof. Dr. Hermann Voegen und Linn Quante, FH Potsdam

■ **Sonntag, den 17. Februar 2008**

08:30 Morgenandacht, anschließend Frühstück

III. **Kulturwirtschaft: Kulturpolitische Konzepte und Perspektiven**

09:30 **Kreativwirtschaft und Stadt-/Regionalpolitik**

Ralf Ebert, Stadtplaner, STADTart, Dortmund
Jörg Stüdemann, Stadtrat für Kultur, Sport und Freizeit, Dortmund
Volkmar Strauch, Staatssekretär für Wirtschaft a.D., Berlin

10:45 **Chancen und Gefahren einer Verzahnung von Kultur-, Bildungs-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik**

Siegfried Ehrmann, MdB
Dr. Willfried Maier, MdHB
Dr. Luc Jochimsen, MdB

Moderation: Dr. Albert Drews, Loccum

12:30 Ende der Tagung mit dem Mittagessen

Abreise

der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Abfahrt des Busses 12.50 Uhr)

TAGUNGSGEBÜHR:

160,- € für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag; für Schüler/innen, Studierende (bis 30 Jahre), Grundwehr- und Zivildienstleistende sowie Arbeitslose Ermäßigung **nur gegen Bescheinigung** auf 80,- €. Eine Reduzierung der Tagungsgebühr für eine zeitweise Teilnahme ist nicht möglich. Ein Drittel des Teilnehmerbeitrages wird als institutioneller Beitrag für die Evangelische Akademie Loccum erhoben.

ANMELDUNG:

Mit beiliegender Anmeldekarte an die **Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/81-0, Fax 05766/81-900**. Sollten Sie Ihre Anmeldung nicht aufrechterhalten können, teilen Sie uns das bitte umgehend mit. Bei einer Absage nach dem **08.02.2008** müssen wir 25% der Tagungsgebühr in Rechnung stellen. Falls Sie eine Bestätigung Ihrer Anmeldung wünschen, teilen Sie uns bitte auf der Anmeldekarte Ihre E-Mail-Adresse mit!

ÜBERWEISUNGEN:

Konto der Kirchl. Verwaltungsstelle Loccum **unter Angabe des Tagungsdatums und Ihres Namens:** Volksbank Steyerberg (BLZ 25662540) Kto.-Nr. 37000200; Evangelische Kreditgenossenschaft (BLZ 52060410) Kto.-Nr. 6050

TAGUNGSLEITUNG: Dr. Albert Drews Tel. 05766 / 81-106
Albert.Drews@evlka.de

SEKRETARIAT: Inge Senne Tel. 05766 / 81-115
Inge.Senne@evlka.de

PRESSEREFERAT: Reinhard Behnisch Tel. 05766 / 81-105
Reinhard.Behnisch@evlka.de

ANREISE:

Loccum liegt 50 km nordwestlich von Hannover am Steinhuder Meer zwischen Hannover, Minden und Nienburg. Auf Anfrage schicken wir Ihnen eine detaillierte Anreisebeschreibung. Sie finden sie auch im Internet: <http://www.loccum.de>

ACHTUNG: Direkte Verbindung zur Akademie mit Zubringerbus am **15.02.2008** um **14.50 Uhr** ab Bahnhof Wunstorf, **Ausgang ZOB**. Am **17.02.2008** zurück; Ankunft Wunstorf 13.30 Uhr; Hin- u. Rückfahrt je 3,- € (im Bus zu entrichten!). **Bitte unbedingt anmelden, Plätze sind begrenzt!**

FESTE ZEITEN IM HAUS:

8.30 UHR MORGENANDACHT, 8.45 UHR FRÜHSTÜCK,
12.30 UHR MITTAGESSEN, 15.30 UHR NACHMITTAGSKAFFEE,
18.30 UHR ABENDESSEN.

Die Akademie im Internet: <http://www.loccum.de>

Gefördert durch die
 **Bundeszentrale für politische Bildung**

Medienpartner

NDR Info
www.ndrinfo.de